

KBioR Persch berichtete, dass das Konzept Ende Oktober des letzten Jahres den betroffenen Kommunen, der Landwirtschaftskammer, dem Bund – der im Bereich der Wahner Heide zuständig sei - sowie weiteren Institutionen in einem Gesprächstermin vorgestellt worden sei. Auch Vertreter des Dezernates 54 der Bezirksregierung Köln seien anwesend gewesen sowie die Untere Wasserbehörde, da von dem Thema auch die Gewässerunterhaltung betroffen sei. Im Februar dieses Jahres habe eine zweite Gesprächsrunde stattgefunden, um über Änderungswünsche und mögliche Korrekturen zu diskutieren. Er erinnerte daran, dass das Konzept – wie seinerzeit im Ausschuss vorgetragen – vier Handlungsfelder umfasse, nämlich die Verkehrssicherung, naturschutzfachliche Flächen, Landwirtschaft sowie Ehrenamt. Zu allen Handlungsfeldern seien Informationen abgefragt worden um herauszufinden, wie die Aufgabe gemeinschaftlich gestemmt werden könne. Alle Beteiligten hätten sich grundsätzlich mit dem Konzept einverstanden erklärt und die Bereitschaft signalisiert, daran weiterzuarbeiten. Der überwiegende Teil der Kommunen sei gut aufgestellt, so dass deren bisherige Tätigkeiten weitergeführt werden sollten. Der Kreis selbst sei in diesem Jahr aktiv geworden mit der Vergabe von Beseitigungsmaßnahmen auf den sogenannten naturschutzfachlich bedeutsamen Flächen. Dabei seien etwa 10 Hektar Fläche sowie ca. 100 punktuelle Vorkommen in Angriff genommen worden. Hochgerechnet seien es sicherlich einige Tausend Pflanzen, die in diesem Zusammenhang bekämpft worden seien. Das Konzept sehe vor, dass die Bekämpfungsmaßnahmen in maximal bis zu vier Durchgängen pro Jahr durchgeführt würden. Auch die Bezirksregierung Köln als Wasserbehörde und Grundeigentümerin sei auf ihren Flächen bzw. entlang des Radweges aktiv.

In das Handlungsfeld Ehrenamt sei man dieses Jahr noch nicht tiefer eingestiegen. Das Konzept sehe vor, dass den Kommunen und anderen Akteuren als Anshub und für eine begrenzte Zeit ein sogenannter „Kümmerer“ an die Seite gestellt werden solle. Die Bezirksregierung habe die Idee geäußert, diesen temporär bei der Biologischen Station anzusiedeln. Darüber würden derzeit noch Gespräche geführt, da die Biologische Station diesen „Kümmerer“ auch bei sich unterbringen können müsse. Ferner müsse diesbezüglich eine Finanzkalkulation aufgestellt und ein Förderantrag gestellt werden. Es müsse abgewartet werden, wie die finanzielle Ausstattung der Biologischen Station zukünftig aussehe um abschätzen zu können, ob die Fördermittel für die Finanzierung eines „Kümmerers“ ausreichen. Ziel sei den „Kümmerer“, der das Thema Ehrenamt schwerpunktmäßig besetzen würde, bis zum Ende des Jahres zu installieren. KBioR Persch wies auf eine Pressemitteilung des Kreises hin mit der Ehrenamtler aufgerufen worden seien, sich bei den Kommunen zu melden, sofern sie sich im Thema Neophytenbekämpfung engagieren wollten.

Etwas schwieriger verhalte es sich an der Agger, da es dort nicht so viele zusammenhängende Flächen in der öffentlichen Hand gebe. Auch die topographische Situation sei komplexer, weil die Neophyten dort im Wesentlichen in der aus Steinen bestehenden Böschungssicherung vorkämen und daher nicht so ohne weiteres ausgegraben werden könnten, ein Herbizideinsatz aber nicht in Frage komme. Man sei im Gespräch mit dem Aggerverband und den Oberliegern. Im Gegensatz zu den Oberliegern an der Sieg seien der Oberbergische Kreis und der Rheinisch-Bergische-Kreis bislang nur mit punktuellen Maßnahmen gegen die Herkulesstaude unterwegs, so dass es schwierig sei, den Eintrag im Unterlauf der Agger substantiell zu reduzieren.

SkB Smielick betonte, dass es wichtig sei, mit System an die Bekämpfung heranzugehen. Allerdings würde er es begrüßen, wenn die Bezirksregierung hinsichtlich des Einsatzes von Herbiziden ihre Haltung überdenken würde. Rheinland-Pfalz habe den Herbizid-Einsatz wieder zugelassen. Gerade auf versteinten Flächen würde sich die Technik des Bestreichens der Hauptknospe mit Herbiziden hervorragend eignen.

Abg. Gauß regte an, hinsichtlich der Einrichtung einer Sammelstelle für die thermische

Vernichtung der Samenstauden Gespräche mit der RSAG zu führen.

KBioR Persch erklärte, dass derzeit die abgeschnittenen und ausgegrabenen Pflanzen und Pflanzenreste in Containern gesammelt würden. Dies würde beibehalten bis der letzte Durchgang im Oktober erfolgt sei.

Abg. Gauß bat darum, auf die Sammelstellen aufmerksam zu machen, damit die Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur an der Sieg, sondern auch an deren Zuläufen und in Senken aktiv seien, wüssten, wo sie die abgeschnittenen Samenstände lassen könnten.